

Oskar Weggel

Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

Teil 1 (Fortsetzung):
Der innere Schaltplan

Mit einem Aufruf zu methodischer
Neubesinnung

Gliederung

- 1.2.2 Erinnerungsschicht Nr.2: Das „Jahrhundert der Demütigung“
 - 1.2.2.1 „Schmach“
 - 1.2.2.2 Drei Hauptlehren aus dem „Jahrhundert der Demütigungen“
 - 1.2.2.2.1 Souveränität als Hauptentdeckung
 - 1.2.2.2.2 „Gleichberechtigung“
 - 1.2.2.2.3 „Antihegemonismus“
 - 1.2.3 Erinnerungsschicht Nr.3: Außenpolitisches Jo-Jo im Zeichen der Republik
 - 1.2.3.1 Warlord- und Nanjing-Periode
 - 1.2.3.2 Moskau-Tokyo-Washington: Scharfkantige Freund- und Feindbilder
 - 1.2.3.3 Der volksrepublikanische UdSSR-Kurs als Fortsetzung „republikanischer“ Frontenbildungen
 - 1.2.3.4 Doppelschlußfolgerung aus den Jahren der Republik
- 1.3 Vermaschung statt Verknotung: Ein Aufruf zu methodischer Neubesinnung

1.2.2

Erinnerungsschicht Nr.2: Das „Jahrhundert der Demütigung“

1.2.2.1

„Schmach“

Im „Politischen Bericht“ des XV. Parteitags der KPCh kam Parteichef Jiang Zemin am 12.9.97 gleich zweimal auf die „Schmach“ (*quru*) [90] zu sprechen, die die chinesische Nation seit der erzwungenen Preisgabe Hongkongs vor 156 Jahren und seit dem Angriff der „Acht Mächte“ im Jahre 1900 über sich habe ergehen lassen müssen.²⁶ Das in diesem Zusammenhang verwendete Schriftzeichen *qu* deutet auf einen sich krümmenden Körper hin, während *ru* die Vorstellung von Demütigung und Schande assoziiert. China habe sich in der damaligen Zeit stets „am Rande des Abgrunds“ befunden (*miewang bianyuan*) [91].

Erst durch die mittlerweile wiedererlangte „Staatskraft“ (*guoli*) [92], durch die zurückgewonnene „Produktivität“ (*shengchanli*) [93] und durch den neuen „Lebens-

standard des Volkes“ (*shenghuo shuiping*) [94] habe sich China von diesen „hundert Jahren Demütigung“ (*bai nian quru*) [95] „reinwaschen können wie Schnee“ (*xi xue*) [96].

Kontraste, wie sie durch solche Ausführungen heraufbeschworen werden, geben nicht nur Festtagsreden Glanz, sondern spiegeln auch Empfindlichkeiten wider, wie sie in der chinesischen Nation nach wie vor lebendig sind – und wie sie als solche bewußt instrumentiert und wachgehalten werden.

In der Tat haben nur wenige Länder eine ähnlich kontrastreiche Geschichte wie China:

Hatte das Reich der Mitte über 2.000 Jahre lang für seine Nachbarvölker stilbildend gewirkt, so mußte es im Anschluß an den verlorenen Opiumkrieg von 1840/41 erstmals selbst die ungewohnte und von Anfang an verhaßte, weil als demütigend empfundene Rolle des Schülers übernehmen, der im Unterricht oft versagte und der deshalb von den „Lehrern“ an den Ohren gezogen und lächerlich gemacht wurde.

Dieser Zustand des „Halbkolonialismus“ (und „Halbfeudalismus“) (*ban zhimindi, ban fengjian*) [97], wie er in der bereits erwähnten Parteitagsrede Jiangs von 1997 notorisch auftaucht,²⁷ hat im chinesischen Bewußtsein bis auf den heutigen Tag schmerzhaft Wunden und einen nur schwer verdrängbaren Gesichtsverlust hinterlassen. Zwar wurde China, im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten Asiens, nicht von einer einzigen, sondern von mehreren einander blockierenden Mächten beherrscht, und überdies auch nicht zur Gänze, sondern nur in seinen wirtschaftlich attraktiveren Teilen okkupiert, d.h. also vor allem entlang der Küste und der großen Ströme.

Weit davon entfernt jedoch, sich mit diesem vergleichsweise „leichteren“ Schicksal zu trösten, fühlte sich das Reich der Mitte sogar ganz besonders gedemütigt, weil sich an der Unterdrückung nicht nur „zweitrangige“ Mächte wie das zaristische Rußland beteiligten, sondern weil sich unter die neuen Herren seit 1894/95 auch noch der einstige Eleve Japan gemischt hatte. Ob der Unterdrückungszustand ferner „halbkolonial“ oder aber „vollkolonial“ war, fiel für das Qing-Reich ebenfalls kaum ins Gewicht, da es in jedem Fall zu einem Spielball fremder Mächte und zu einem Objekt herabgewürdigt worden war, auf das die drei Kriterien „kolonialer“ Unterwerfung, nämlich politische Bevormundung (in den Küstenbereichen und an den Yangzi-Ufern), wirtschaftliche Ausbeutung und kulturelle Entmündigung voll zutrafen:

Vor allem sah sich China, das im Laufe der Jahrhunderte schon oft das Schicksal der Unterdrückung und Ausbeutung durch Fremdvölker hatte erleiden müssen, zum ersten Mal auch kulturell unterjocht.

Die politische Bevormundung trat besonders deutlich in den „Pachtgebieten“ entlang der Küste sowie im Bereich der von Ausländern geleiteten Zollverwaltung zutage; die wirtschaftliche Ausbeutung manifestierte sich in einer gleich fünffachen Fesselung lebenswichtiger Bereiche, sei es nun, daß Schiffslinien, Bergwerke und Schwerindustriebetriebe in fremder Hand lagen oder daß das Bankwesen und ein Teil des Handels von Ausländern kontrolliert wurden.

²⁶RMRB, 22.9.97.

²⁷RMRB, 22.9.97.

Die kulturelle Entmündigung schließlich zeigte sich in der erzwungenen Preisgabe vieler Traditionen und in der für das kulturstolze China so bedrückenden Erkenntnis, daß sogar das Ideengut seiner Reformer und all jener Revolutionäre, die sich gegen Fremdherrschaft wandten, ausländischer Herkunft war.

Erneut kam es auch während dieses Interregnums zur Hierarchisierung - allerdings im umgekehrten Sinne, insofern diesmal nämlich die chinesische Seite westlichem Diktat unterworfen wurde. Aufgrund des Vertrags von Nanjing, des ersten der sog. Ungleichen Verträge, mußte sich China beispielsweise verpflichten, Hongkong an Großbritannien abzutreten und fünf Häfen dem europäischen Handel zu öffnen. Damit war eine Entwicklung eingeleitet, an deren Ende über hundert ähnliche „Vertragshäfen“ aufgeschlossen werden mußten. Die erste Begegnung mit europäischem „Völkerrecht“ war für China also mit Demütigungen und Narben verbunden, die wenig Gutes für die Zukunft verheißen konnten, zumal das Völkerrecht als zynisch eingesetztes Unrecht erschien.

Aufgrund der Ungleichen Verträge mußte China den westlichen Mächten, vor allem England, Frankreich, später auch Rußland, Japan und dem Deutschen Reich, noch weitere Privilegien einräumen, nämlich das Recht auf Handel, auf Errichtung von Niederlassungen (Teile des chinesischen Territoriums wurden „verpachtet“), auf Exterritorialität (Ausländer waren keiner chinesischen Behörde verantwortlich), auf Überlassung der chinesischen Zollhoheit an ausländische Mächte, auf Errichtung ausländischer Botschaften in Beijing, auf Stationierung fremder Streitkräfte und auf Ausweitung der christlichen Mission ins Landesinnere.

Anders als Japan, das seit der Meiji-Reform von 1868 energisch damit begonnen hatte, den Westen mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, konnte sich der erkonservative Qing-Hof nie so recht entschließen, über den eigenen Schatten zu springen und Reformen nach westlichem Muster anzupacken, um so „westliches Gift gegen westliches Gift“ einzusetzen. Vielmehr geriet die Erstarrung am Ende zum Stillstand und zur völligen Reaktionsunfähigkeit.

Dies zeigte sich nicht zuletzt an der Zögerlichkeit, mit der das kaiserliche China „außenpolitische“ Reformen in Angriff nahm: Erst 20 Jahre nach der Niederlage im Opiumkrieg richtete das Mandarinat - 1861 - ein Quasi-Außenministerium, oder besser: eine besondere Behörde zur Wahrnehmung außenpolitischer Angelegenheiten, den *Zongli (geguo shiwu) Yamen* [98] ein, der allerdings, wie sich bald herausstellte, eher zur Abschirmung westlicher Gesandter als zu ihrer Einbeziehung in außenpolitische Aktionen benutzt wurde.

1867 wurde auch ein Informationszentrum samt Sprachschule, das *Tongwen guan* [99] eingerichtet, dessen Aufgabe es war, Regierungspersonal in fremden Sprachen zu unterrichten und Übersetzungen zu „westlichen Dingen“, vor allem zu westlichen Waffensystemen und zum abendländischen Völkerrecht zusammenzutragen, wobei es darum gehen sollte, „westliches Gift gegen westliches Gift“ einzusetzen und dadurch bereits wieder zur „Selbststärkung“ (*zhiqiang*) [100] beizutragen.

Dieses Vorgehen zeigt, wie selbstverständlich die chinesische Führungselite damals immer noch von der Überzeugung ausging, daß die westliche Überlegenheit fast aus-

schließlich auf Gewehrläufen und Kanonen beruhe - und keine solide Substanz besitze, die den moralischen oder organisatorischen Überlegenheitsanspruch des Reichs der Mitte allen Ernstes hätte in Frage stellen können. Allerdings wurde das *Tongwen guan* vom Mandarinat in Mißkredit gebracht, so daß der Nachwuchs für dieses Informationsbeschaffungsamt in aller Regel medioker blieb.

Wenn das China der Qing nicht einmal in Zeiten höchster Bedrängnis genügend Geschick aufbrachte, um sich wenigstens außenpolitisch anzupassen, so war sein Schicksal offensichtlich schon besiegelt. In der Tat verschwand 1911 die Qing-Dynastie - und mit ihr gleichzeitig auch eine über 2.000 Jahre alte Kaisertradition von der Bildfläche. Bereits 1905 war das altersgraue staatliche Prüfungssystem abgeschafft worden - und mit ihm die „Hauptkutschmiede“ des mandarinären China.

Nach Ausrufung der Republik am 1. Januar 1912 übernahm eine westlich erzogene Elite unter der Führung Sun Yixians die Hebel der Macht, allerdings nur für kurze Zeit. Wenn ihre Reformansätze schon wenige Monate später wieder im Sande versickert waren, so lag dies einerseits an den bei ihren konservativen Gegenspielern fortbestehenden Traditionsblockaden, vor allem aber an der Schwäche der neuen Zentralregierung, zu der die *junfa* [101], d.h. die regionalen „Kriegsherren“, die sich mittlerweile weiter Landstriche Chinas bemächtigt hatten, in lähmende Konkurrenz traten.

Selbst der Nanjing-Regierung, die 1927 die Macht in der Republik übernahm, waren von Anfang an die Hände gebunden, weil sie innenpolitisch blutige Auseinandersetzungen mit den Kommunisten zu bestehen hatte, außenpolitisch aber im Clinch mit einem zum Kriege entschlossenen Japan lag, das 1931 bereits die gesamte Mandschurei besetzte, 1932 den Shanghai-Zwischenfall inszenierte und ab 1937 die Republik mit Krieg zu überziehen begann, der am Ende acht Jahre dauerte und das Land bis zur Erschöpfung auszehrte.

Die zwischen 1841 und 1949 durchlittenen Demütigungen haben im Bewußtsein der chinesischen Elite einen tiefen Stachel hinterlassen und gleichzeitig einen ganzen Bestand traditioneller Überzeugungen ins Wanken gebracht, ja sie z.T. in ihr Gegenteil verkehrt. In drei Bereichen war dies ganz besonders der Fall:

1.2.2.2

Drei Hauptlehren aus dem „Jahrhundert der Demütigungen“

1.2.2.2.1

Souveränität als Hauptentdeckung

Seit Beginn des Halbkolonialismus, nicht zuletzt auch seit Gründung der Volksrepublik i.J. 1949, zeigt sich China als einer der entschlossensten Verfechter staatlicher *Souveränität* und hat damit gleichzeitig auch eine Rechtsauffassung verinnerlicht, die ihm früher weder bekannt gewesen war noch je in den Sinn gekommen wäre. „Souveränität“ ist m.a.W. die wichtigste Neuentdeckung aus dem „Jahrhundert der Demütigung“, das mit einer Reihe von Begriffen verknüpft zu werden pflegt, deren bloße Benennung bei jedem geschichtsbewußten Chinesen auf der Stelle rabenschwarze Assoziationen freisetzt. Dazu gehören *yapian zhanzheng* [102] (der „Opiumkrieg“),

jiawu zhanzheng [103] (Chinesisch-Japanischer Krieg von 1894/95), *gengzi peikuan* [104] („Boxer-Entscheidung“), aber auch Begriffe wie *bu pingdengde tiaoyue* [105] („ungleicher Vertrag“), *peikuan* [106] („Kontributionen“), *gedi* [107] („Territorien abtreten“), *zhi wai faquan* [108] („Exterritorialität“), *zujie* [109] („Pacht“, z.B. von Häfen, von Bergwerken oder von ganzen Städten), *zujie* [110] („Konzession“) und *huafen shili fanwei* [111] („ein Gebiet in Einflußsphären aufteilen“).

Mit jedem dieser Ausdrücke, die zu den Standardbegriffen von Geschichtswerken über das China des 19. Jh. gehören, ist ein Komplex von Demütigungen verbunden, bei deren Aufzählung spontan die finstere Entschlossenheit aufkommt, dafür zu sorgen, daß Zustände dieser Art „nie wieder“ zurückkehren können.

Das Universalheilmittel gegen all diese „ungleichen Verträge“, „Konzessionsüberlassungen“ oder „Aufteilungen in Einflußsphären“ hieß, wie die Chinesen bald herausfanden, „Souveränität“!

Mag sein, daß die appellative Kraft dieser Begriffe eines Tages nachläßt - vorerst, d.h. auch am Ende des 20. Jh. noch, löst die Forderung nach Achtung der Souveränität spontane Zustimmung beim heimischen Publikum aus.

Aus dem gleichen Grunde wird auch immer wieder auf *Einmischungsfreiheit* gepocht, und beginnen sogleich auch Alarmsirenen aufzuheulen, glaubt China auch nur den Hauch eines Fremdbestimmungsversuchs verspüren zu können: sei es nun gegen sich selbst (z.B. im Zusammenhang mit der Menschenrechtsfrage) oder sei es gegen andere Drittwelt-Staaten (man denke an die Irak- oder die Jugoslawienfrage).

Ganz auf dieser Linie der Hypersensibilität hat die VR China im Jahre 1954 zusammen mit Indien und Birma die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ (*heping gongchu wuxiang yuanye*) [112] aus der Taufe gehoben. Zu diesen Fünf Prinzipien gehören neben der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und Souveränität sowie dem gegenseitigen Nichtangriff vor allem die Nichteinmischung und – daraus folgend – Gleichberechtigung sowie das friedliche Zusammensein.

Im Kern geht es der Volksrepublik bei den Fünf Prinzipien immer nur um *eines*, nämlich um Souveränität (*zhuquan*) [113] und um „gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ (*hu bu ganshe neizheng*) [114].

Hauptvermächtnis aus den schmerzhaften Erfahrungen des 19. Jh. ist also das Verlangen nach „Unabhängigkeit und Souveränität“ (*duli he zhuquan*) [115].

Hand in Hand mit der Rezeption des Souveränitätsbegriffs, die gleichsam durch die Hintertür erfolgte, hat auch das westliche Völkerrecht in die Praxis Chinas Eingang gefunden: wer A sagt (Souveränität), muß nun einmal auch B (Völkerrecht) sagen – und damit übrigens auch der Idee von der Gleichberechtigung der Völkerrechtssubjekte Rechnung tragen:

1.2.2.2.2

„Gleichberechtigung“

In der Tat ist China, zweitens, allen geschichtlichen Vermächtnissen zum Trotz, längst auf das Prinzip der „Gleichberechtigung“ (*pingdeng*) [116] eingeschwenkt. Fast in jedem außenpolitischen Dokument wird gefordert, daß

„alle Länder, ob groß oder klein, gleichberechtigt sein sollen“ (*guojia bulun da xiao yinggai yilü pingdeng*) [117].

Nach dem Prinzip „zwei Schritte vor, einen zurück“ enthält dieses für China so überaus innovative – und fortschrittliche – Postulat allerdings zwei Einschränkungen: erstens wird nur die Gleichberechtigung, nicht aber die Gleichheit gefordert; sonst hätte von *tongji* [118] oder *tongdeng* [119] die Rede sein müssen.

Zweitens sind Hauptadressaten des Gleichberechtigungsverlangens offensichtlich weniger die Länder der Dritten Welt als vielmehr die Industriestaaten, von denen sich China nicht abgehängt sehen möchte, weshalb die *pingdeng*-Forderung mit der *huli* [120]-Klausel (gegenseitiger Nutzen) fast zu einem Einheitsbegriff verschmolzen ist.

1.2.2.2.3

„Antihegemonismus“

Eine dritte Konsequenz aus den Erfahrungen des „Jahrhunderts der Demütigungen“ ist die elementare Abneigung gegen alles, was nach „Supermächts“ (*chaoji daguo* [121])-Ambitionen, nach „Hegemonismus“ (*baquan zhuyi*) [122] oder nach „Großmachtchauvinismus“ (*daguo shawen zhuyi*) [123] „riecht“, und die lange Zeit mit Appellen zum Widerstand, ja zur Revolution Hand in Hand ging.

Es war ja nicht nur die soziale, sondern anfangs fast noch mehr die „nationale“ Frage, die all jenen Politikern und Bewegungen den Rücken stärkte, die auf Erhebungen und Revolutionen setzten – zuerst der Sun-Yixian-Bewegung und später den Kommunisten.

Vor allem während der jahrelangen Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion konnte der „Antihegemonismus“, wie unten ausführlich zu erläutern, zu einer Art Markenzeichen volksrepublikanischer Außenpolitik werden.

1.2.3

Erinnerungsschicht Nr.3: Außenpolitisches Jo-Jo im Zeichen der Republik

1.2.3.1

Warlord- und Nanjing-Periode

Neben dem Vermächtnis des Reichs der Mitte und dem düsteren Erbe des „Zeitalters der Demütigung“ wirken als dritte Determinante noch Erinnerungsposten aus der so kurzlebigen „Republik China“ nach, die das außenpolitische Verhalten der nur wenige Jahre später – 1949 – ausgerufenen Volksrepublik gerade in den Anfangsjahren aufs nachteiligste beeinflusst haben, insofern nämlich der Hauptverbündete der mittlerweile auf das kleine Taiwan reduzierten „Republik“ nun fast automatisch zum Hauptfeind der Volksrepublik werden *mußte*, nämlich die USA – und mit ihr nahezu das gesamte westliche „Lager“.

Von einer „Außenpolitik“ der Republik China konnte eigentlich erst seit 1927 die Rede sein, jenem Jahr also, in dem sich – und zwar unter Führung des rechten Flügels der Guomindang – in Nanjing eine Vormacht, oder besser: ein oberster *junfa* [124] („Kriegsherr“, Warlord) hatte etablieren können, unter dessen Regie zum ersten Mal seit Ausrufung der Republik am 1. Januar 1912 wenigstens im Ansatz so etwas wie eine zentrale Macht zustandekam.

Bis dahin war die Republik – immerhin 15 Jahre lang – in eine Reihe von Militärsatrapien aufgespalten gewesen, die ihre jeweils eigenen Regierungen etabliert, lokale Armeen aufgestellt und sogar unabhängige Währungen herausgegeben hatten. Die Republik China war in diesen eineinhalb Jahrzehnten der „Warlords“ und der Generalkriege einem Flickenteppich ähnlicher gewesen als einem Staat, bis dann durch den sog. „Nordfeldzug“ wenigstens die küstennahen Regionen sowie das Yangzital wiedervereinigt werden konnten.

Der *beifa* [125] (Nordfeldzug) war das Werk „revolutionärer Streitkräfte“, die im äußersten Süden des Landes, nämlich in Guangzhou, von Komintern-Beratern ausgebildet worden waren und die sich in den Anfangsjahren noch aus nationalistischen und kommunistischen Verbänden rekrutiert hatten. Gestartet am 1. Juli 1926, hatte der *beifa* schon nach kurzer Zeit zur Niederwerfung einiger der mächtigsten Warlords – und zur „Cantonisierung“ Chinas geführt, gleichzeitig aber auch damit begonnen, seine eigenen Kinder zu fressen: Acht Monate nach dem Startschuß nämlich – und zwar im März 1927 – hatte der rechte GMD-Flügel unter Führung von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) die Waffen gegen „linke“ Mitkämpfer aus den Reihen der GMD, vor allem aber gegen die Kommunisten gerichtet und Teile ihrer Verbände vernichtet.

Die Bedeutung des Nordfeldzugs, der erst im Juli 1928 mit der Eroberung Beijings zu Ende ging, lag darin, daß er (1) die Vorherrschaft der wichtigsten Militärmächthaber und damit die Periode des Regionalismus beendete und die Grundlagen für die Wiedervereinigung Chinas sowie für eine neue Zentralstaatlichkeit legte. Zugleich sicherte er (2) die Herrschaft des rechten GMD-Flügels für die nächsten zwei Jahrzehnte; was für die KPCh später der Lange Marsch, war für die GMD der *beifa*. Nicht zuletzt aber legte er (3) den Grundstein für den Bürgerkrieg zwischen GMD und jenen Überlebenden der KPCh, die nun, wie es hieß, den Schwerpunkt ihrer Revolution von den Städten auf die Dörfer, vom Industrieproletariat auf die Bauernschaft, vom Streik auf den Volkskrieg und von den leicht einnehmbaren urbanen Bastionen auf solide „Befreite ländliche Stützpunktgebiete“ verlegte.

1.2.3.2

Moskau-Tokyo-Washington:

Scharfkantige Freund- und Feindbilder

Mit der Wiedervereinigung des Landes begannen sich zum erstenmal auch Perspektiven für eine gesamtrepublikanische Außenpolitik abzuzeichnen: In den vorangegangenen 15 Jahren hatte es hier ja niemals eine einheitliche Linie geben können; vielmehr war es zu einem chaotischen Gegeineinander der Kriegsherren gekommen, deren „außenpolitische“ Ansätze sich in alle nur denkbaren Richtungen entfaltet hatten, sei es nun hin zur Sowjetunion (so die revolutionäre Basis in Guangzhou!), sei es hin zu den Westmächten, vor allem den USA, oder gar hin zu Japan.

„Nanjing“ konnte mit seiner zentralstaatlichen Ausrichtung diesen Augiasstall zwar ausräumen, mußte sich jedoch sogleich auf eine Politik einlassen, die durch extrem scharfrandige Freund- und Feindbilder bestimmt war:

Zu den Feinden der Republik China (RCh) gehörte anfangs die Sowjetunion und dann in wachsendem Maße

Japan: Nachdem die verhaßten Komintern-Vertreter 1927 in die Flucht geschlagen worden waren, hatten GMD-Truppen 1929 versucht, die unter sowjetischer Kontrolle stehende Ostmandschurische Eisenbahn zu besetzen; im gleichen Jahr war es darüber hinaus zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau gekommen.

Die aus dem Nordwesten drohende „sowjetische Gefahr“ wurde jedoch schon kurze Zeit später durch eine noch schwärzere Wolke überschattet, die am nordöstlichen Himmel Chinas auftauchte, nämlich durch den „japanischen Imperialismus“, dem ja in der Tat 1931 die ganze Mandschurei zum Opfer fiel und der sich immer weiter nach China hineinfräß, ehe es unter seinem vehementen Einfluß 1937 zum Ausbruch eines achtjährigen Kriegs kam.

Kaum war die Mandschurei von Japan besetzt worden, hatte die – antijapanisch ausgerichtete – UdSSR auch schon wieder die Hände zur Versöhnung in Richtung Nanjing ausgestreckt – mit der Folge, daß diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und der RCh 1932 erneut aufgenommen wurden. 1937 schlossen beide Seiten darüber hinaus einen Nichtangriffspakt ab, in dem sich Moskau zur Lieferung von Waffen, Munition und Versorgungsgütern sowie zur Unterstützung der RCh-Verbände durch die sowjetische Luftwaffe verpflichtete.

Je mehr sich die Beziehungen der RCh zuerst gegenüber der UdSSR und dann gegenüber Japan verkrampften, um so erfreulicher entwickelte sich aus Nanjinger Sicht das Verhältnis zu den Westmächten, vor allem zu den USA. Dieser Westkurs machte sich für die RCh schon bald auf dreifache Weise bezahlt: Zum einen verzichteten die neuen Partner (und mit ihnen Großbritannien) auf ihre im 19. Jh. erworbenen Vorrechte und Konzessionen, zweitens erfolgte mit Hilfe westlicher Technologie- und Bildungseinrichtungen ein gewaltiger Wissenstransfer, mit dem freilich auch eine Verwestlichung Chinas Hand in Hand ging (man denke an die damals entstehenden christlichen Colleges und Missionsschulen), und drittens erhielt GMD-China vor allem während des Zweiten Weltkriegs von den USA militärische und wirtschaftliche Unterstützung.

Auch in der US-Öffentlichkeit begann das Bild der Republik China damals in hellem Licht zu erstrahlen, vor allem, nachdem der in den 30er und 40er Jahren führende amerikanische Zeitungsherausgeber, Henry Luce, damit begonnen hatte, sich für das „demokratische“ Nanjing, nicht zuletzt aber auch für das China der polyglotten drei Song-Schwester zu begeistern.

So war es fast unausweichlich, daß die USA im Anschluß an die 1945 erfolgte Kapitulation Japans zwar immer wieder versuchten, GMD und KPCh an den Verhandlungstisch zu bringen, daß sie aber, als die erhofften Kompromisse ausblieben, ganz eindeutig zugunsten Nanjings Partei ergriffen und die GMD-Seite sowohl politisch als auch militärisch nach Kräften unterstützten.

Washington sollte diese Option allerdings schon bald bereuen müssen, als nämlich die zu Beginn des Bürgerkriegs (1946) vermeintlich noch haushoch überlegene Republik bereits drei Jahre später (1949) überrollt war und sich mit ihren Restkräften Hals über Kopf auf die Insel festung Taiwan absetzen mußte. Gerade für die Volksrepublik China waren die USA damit spätestens seit Ende

1946 als außenpolitische Partner auf Jahrzehnte hin in-diskutabel geworden.

Zum Ausgleich begann Beijing sich „ganz nach einer Seite zu lehnen“, nämlich zur Sowjetunion hin – und dies, obwohl auch die UdSSR den Siegern um Mao Zedong nicht gerade als idealer Partner erscheinen konnte:

1.2.3.3

Der volksrepublikanische UdSSR-Kurs als Fortsetzung „republikanischer“ Frontenbildungen

Die so überaus GMD-freundliche Politik Washingtons endete in einem Disaster, wie es in diesem Ausmaß noch zu Beginn der 40er Jahre kaum jemand hätte vorhersehen können, gewesen war, nämlich erstens mit der Niederlage der Guomindang, deren restliche Kräfte sich nach einem dreijährigen Bürgerkrieg (1946-49) fluchtartig auf die Insel Taiwan absetzen mußten und, zweitens, mit dem Sieg der KPCh, die am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik ausrief.

Sogleich stand die neue Führung vor einer dreifachen Wahl, insofern sie sich nämlich – im Zeichen des damals gerade ausgebrochenen kalten Kriegs – entweder dem Westen zuwenden, sich dem östlichen „Lager“ anschließen oder aber, als dritte Möglichkeit, von Frontenbildungen vielleicht sogar fernhalten konnte.

Da freilich der innenpolitische „Todfeind“, nämlich die RCh-Führung, sich ohne Wenn und Aber auf die USA-Seite geschlagen hatte und da die „dritte Option“, nämlich die Eigenständigkeit, vor dem Hintergrund der sich damals wie eine Naturgewalt herausbildenden „Zwei Lager“ kaum realisierbar erschien, blieb der Volksrepublik am Ende keine andere Wahl als sich der UdSSR zuzuwenden, obwohl ein solcher Entschluß vor allem den Maoisten ganz gewiß nicht leicht fiel:

Für eine UdSSR-Bindung sprachen zwar drei wichtige Gründe, nämlich die bereits erwähnte Zusammenarbeit der GMD mit den USA, ferner die amerikanische Politik des *fen er zhi zhi* [126], d.h. des „Teile und herrsche“ zwischen Nationalisten und Kommunisten, die aus volksrepublikanischer Sicht ganz dazu angetan war, China erneut in eine „halbkoloniale“ Abhängigkeit zu bringen und, drittens, die Tatsache, daß die Volksrepublik nach acht Jahren Widerstandskrieg gegen Japan und drei Jahren Bürgerkrieg so ausgelaugt war, daß sie ohne die Hilfe eines mächtigen Partners wohl noch lange Zeit auf der Stelle treten würde.

Gegen Moskau andererseits waren von Anfang an heftige emotionale Widerstände im Spiel, deren Wurzeln weit in die Geschichte des republikanischen China zurückreichen und die deshalb bereits hier, im „republikanischen“ Kontext, mitzubehandeln sind:

Kurz und bündig formuliert war die sinokommunistische Bewegung in den Jahren der Republik von den Moskauer Ideologen immer wieder als eine Art Versuchskaninchen zur Erprobung revolutionsstrategischer Ansätze mißbraucht worden:

Vor allem in den frühen Jahren der KPCh, d.h. zwischen 1921 und 1927, hatte die von Stalin und Trotzki mitgesteuerte Komintern auf die chinesische Linke einen wahrhaft schicksalhaften Einfluß ausgeübt, indem sie nicht nur Organisations-, Finanz- und Militärhilfe leistete, sondern sich – als Generalstab der Weltrevolution –

auch erfolgreich in die unmittelbare Entscheidungsfindung der KPCh einzuklinken vermochte. Damit aber war die chinesische Linke im wahrsten Sinne des Wortes mitten in die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Moskauer Haupttrivalen, Stalin und Trotzki, hineingezerzt worden und hatte schon bald das Gefühl nicht mehr loswerden können, den beiden Moskauer Fronten die Beweisstücke für ihre miteinander so unvereinbaren Revolutionskonzepte liefern zu müssen:

Stalin und Trotzki waren sich zwar darin einig gewesen, daß die Revolution in China bürgerlich-demokratischen Charakters zu sein habe, doch hatten sie, immer haßerfüllter gegeneinander kämpfend, verschiedene Strategien vorgeschlagen, für deren Richtigkeit nun gefälligst die KPCh geradestehen sollte:

Während Stalin die Zusammenarbeit mit der Guomindang befürwortete, weil nach der klassischen marxistischen Etappentheorie (Feudalismus-Bourgeoisie-Sozialismus-Kommunismus) in der bürgerlichen Phase nun einmal das Bürgertum zur Führung ausersehen sei, forderte Trotzki, daß das revolutionäre Geschehen, um wirklich in Schwung kommen zu können, auch in der bürgerlich-demokratischen Phase bereits vom Proletariat gesteuert werden müsse – dies war der Kerngehalt seiner damals so berühmten „Theorie der permanenten Revolution“! Der von Stalin befürwortete Schulterschuß zwischen KPCh und GMD beruhe auf einem verhängnisvollen Mißverständnis und laufe auf einen „Verrat am Marxismus“ hinaus.

Durchgesetzt hat sich dann bekanntlich die Linie Stalins, der zuerst – bei seiner Auseinandersetzung mit Trotzki – die Zusammenarbeit der KPCh mit der Guomindang anordnete, mit dieser Strategie aber, wie Trotzki es vorausgesehen hatte, einen verheerenden Rückschlag heraufbeschwor, da die GMD sich von den „Linken“, entgegen allen Erwartungen, keineswegs wie eine Zitrone „ausquetschen“ ließ, sondern, ganz im Gegenteil, den Spieß umdrehen und 1927 ihre kommunistischen Gegner weitgehend kaltstellen konnte.

Als die Überlebenden von 1927 daraufhin den Schwerpunkt der Revolution auf die Dörfer verlegten, also einen neuen Kurs einschlugen, und Stalin sich fast zeitgleich – an der eigenen Front in Moskau – mit einem *neuen* Gegner, nämlich Bucharin, konfrontiert sah, der, allen Niederlagen der KPCh zum Trotz, auf eine Fortsetzung der KPCh-Zusammenarbeit mit der GMD pochte, riß er, Stalin, das Ruder um 180 Grad herum und wurde nun plötzlich zum Befürworter einer „linken Strategie“, indem er Aufstände in den chinesischen Städten anordnete – ein Vorhaben, das angesichts der dortigen GMD-Stärke von vornherein zum Scheitern verurteilt war und das dann ja auch zu einem noch stärkeren Aufschwung des Dorf-Kommunismus unter der Führung des auf Autonomie pochenden Mao Zedong führte.

Kein Wunder, daß den komintern-treu gebliebenen chinesischen Parteigenossen der Boden in den Großstädten schon bald zu heiß unter den Füßen wurde und daß sie spätestens 1932 an die Türen der inzwischen um Mao Zedong konsolidierten „Räterepublik“ von Jiangxi pochen, also dort um „Asyl“ nachsuchen mußten. Symbolisch gesprochen hatte von diesem Augenblick an der bewaffnete

Bauer endgültig den streikenden Arbeiter abgelöst, und der Sinokommunismus begann nach Erde zu riechen.

Gleichwohl wollte die Komintern auch jetzt noch keineswegs locker lassen und ihren Einfluß auch auf die Gestaltung der Räterepublik wahrnehmen. In der Tat konnten die Anfang der 30er Jahre aus der Sowjetunion zurückgekehrten „28 Bolschewiki“ durch überfallartige Aktionen kurzzeitig das Steuer noch einmal zu sich herüberreißen. Doch gelang es der Mao-Zedong-Führung bereits acht Monate nach Beginn des Langen Marsches, nämlich bei der Zunyi-Konferenz vom Frühjahr 1935, die Komintern-Aufpasser endgültig abzuschütteln und sich damit ein zweites Mal von den Bevormundungsversuchen Moskaus zu emanzipieren. Aus der Sicht Maos hatte die dreizehnjährige Moskauer Einmischung für die KPCh nichts als Unglück gebracht; kein Wunder, daß sein Mißtrauen gegen die Komintern fast grenzenlos war, daß umgekehrt aber auch Stalin wenig von den chinesischen Bauernrevolutionären hielt und sie bäuerlich-anschaulich als „Radieschen-Kommunisten“ abqualifizierte: außen rot, innen weiß!

Wenn sich die Mao-Bewegung am Ende dann doch in China durchsetzen konnte, war dies – wiederum aus KPCh-Sicht – nicht wegen, sondern *trotz* der UdSSR, der Komintern – und Stalins – gelungen!

Eine Annäherung an die Sowjetunion war also nach Ausrufung der Volksrepublik alles andere als selbstverständlich. Wenn die VRCh-Führung dann trotzdem über den eigenen Schatten sprang, so waren dafür nicht nur die oben erwähnten drei handfesten Überlegungen maßgebend, sondern auch das unerwartete Entgegenkommen, das Stalin der VR China beim ersten UdSSR-Besuch Mao Zedongs im Dezember 1949 bezeugte.

Am 16. Dezember 1949 war Mao mit einem Sonderzug in Moskau eingetroffen und dort von Stalin zunächst mit wachem Mißtrauen empfangen worden; argwöhnte der KPdSU-Führer doch, daß sich China auf einen ähnlich „abweichlerischen“ Kurs wie das Jugoslawien Titos begeben habe. Gleichwohl begann das Eis schnell dahinzuschmelzen, nachdem Stalin sich für die zahlreichen Fehler des Kreml gegenüber der chinesischen Revolution offiziell entschuldigt hatte. Es schien fast unglaublich: der Führer des Weltkommunismus hatte gegenüber seinen chinesischen Gästen Selbstkritik geübt!

Im Zeichen des Tauwetters, das nun so unerwartet schnell einsetzte, hatten Mao und Zhou Enlai die Parole ausgegeben, daß die VR China sich fortan ganz „nach einer Seite“ (*yi bian dao* [127], nämlich zur UdSSR hin) lehnen wolle und daß sie weder einen jugoslawischen noch einen probritischen Kurs einzuschlagen gedenke, von einer proamerikanischen Wende ganz zu schweigen.

In einer Art Flitterwochenstimmung war daraufhin am 14. Februar, in Anwesenheit Maos und Stalins, ein ganzes Bündel von Vereinbarungen unterzeichnet worden, darunter ein „Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand“, darüber hinaus ein Abkommen über die „Rückgabe der Südmandschurischen Eisenbahn“, Lüshuns (Port Arthurs) und Dalians, ein Kreditabkommen und nicht zuletzt „Zwei Deklarationen“, in denen das fünf Jahre vorher, nämlich im August 1945 zwischen Moskau und Nanjing (also der „Republik China“) zustandegekommene Versöhnungswerk für null und nichtig erklärt sowie

die Unabhängigkeit der Mongolischen Volksrepublik anerkannt wurde.

Seit dem damaligen Moskaubesuch Maos, der am 17.2.1950 zu Ende ging, malte die chinesische Propaganda das Verhältnis zur Sowjetunion in den leuchtendsten Farben. Hinter den Kulissen freilich gestalteten sich die Beziehungen bei weitem nicht so reibungslos, wie es nach außen hin den Anschein hatte. Der Teufel lag vor allem im Detail, sei es nun bei der Festlegung des Tauscherts zwischen chinesischem Yuan und sowjetischem Rubel oder aber bei der Gründung sinosowjetischer Joint ventures.

Offen brach der Konflikt allerdings erst 1960 aus.

Das *yi bian dao*, wie es 1950 beschlossen worden war, widersprach a priori den aus der Tradition überkommenen Vorstellungen von *zhongyong* [128] („Mitte“), *junheng* [129] („Ausgewogenheit“) und *bili* [130] („Gleichgewichtigkeit“).

Darüber hinaus hatte sich die junge Volksrepublik – wie ja schon das alte Reich der Mitte – schwer damit getan, sich überhaupt auf das ungewohnte Parkett namens „Außenpolitik“ zu begeben: Wäre es ihren Wünschen nach gegangen, so hätte sie sich wohl am liebsten auf die Lösung der innenpolitischen Fragen sowie auf die „Disziplinierung“ abtrünniger Randgebiete (Xinjiang, Tibet, Taiwan) beschränkt. Wenn es in Beijing dann gleichwohl auch zu *außenpolitischen* Weichenstellungen kam, so geschah dies nur aufgrund von Zwängen, die ihren Ursprung gleichfalls im Außenbereich hatten, sei es nun, daß die Volksrepublik im Zeichen der damals beginnenden Zweiteilung der Welt für das eine oder andere Lager optieren zu müssen glaubte oder daß sie sich durch den ausbrechenden Koreakrieg auf Gedeih und Verderb zur „Vorwärtsverteidigung“ gezwungen sah, seit sich nämlich die USA zugunsten Südkoreas in das Kampfgeschehen geworfen hatten.

China sollte beide Grundentscheidungen (Moskau-Anbindung und Eintritt in den Koreakrieg) schon bald zu bereuen haben.

1.2.3.4

Doppelschlußfolgerung aus den Jahren der Republik

In den 38 Jahren der „Republik China“ hatte es nie eine Atempause gegeben, um Außenpolitik zu entwickeln, also ein Feld zu bestellen, das als solches dem mandarinären China unbekannt geblieben und das auch während des „Jahrhunderts der Demütigung“ nur in höchst rudimentärer Weise bearbeitet worden war.

Zunächst einmal hatte es der jungen Republik bereits 16 Jahre lang an einer leistungsfähigen Zentrale gefehlt, die als solche in der Lage gewesen wäre, außenpolitisch überhaupt aktiv zu werden. Aber auch die restlichen 22 Jahre waren genau zur Hälfte mit Kriegsereignissen angefüllt (acht Jahre Widerstandskrieg gegen Japan, 1937-45, drei Jahre Bürgerkrieg zwischen KPCh und GMD, 1946-49), so daß es auch jetzt an Ansatzflächen fehlte. Was schließlich die verbleibenden elf Jahre anbelangt, so waren sie ebenfalls alles andere als ideal für ein außenpolitisches Durchstarten: Zwischen den feindlichen Fronten, die sich damals um China herum aufgebaut hatten, blieb der außenpolitisch unerfahrenen Republik gar nichts anderes übrig, als sich vom einen Extrem ins andere zu

stürzen – mit der Folge, daß das Verhältnis zwischen den drei Hauptbezugspartnern Tokyo, Moskau und Washington nicht ausgeglichen, sondern permanent verzerrt war: Gegenüber Japan hatte die Republik freilich ohnehin keine andere Wahl gehabt, als den ihr aufgezwungenen Krieg durchzustehen und Japan als Todfeind zu betrachten. Gegenüber der UdSSR andererseits hätte sich die Republik zwar immer noch im Sinne eines Pro oder eines Contra entscheiden können. Doch hatte die langjährige Zusammenarbeit zwischen Moskau und den chinesischen Kommunisten auf Seiten der Republik für soviel Verstimmung gesorgt, daß die UdSSR am Ende doch der Feind Nr.2 blieb, obwohl Moskau durchaus bereit gewesen wäre, den Republikanern im antijapanischen Krieg unter die Arme zu greifen.

Um so entschiedener – und einseitiger – wandte sich die Nanjinger Republik dafür den USA zu – und verstrickte sich damit am Ende in eine neue Abhängigkeit, die von der KPCh-Propaganda nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtet wurde.

Aus den Erfahrungen dieser wenigen Jahrzehnte hätten vor allem zwei klare Einsichten gewonnen werden können:

Erstens wäre China gut beraten, *Einseitigkeiten* zu vermeiden und sich möglichst nie mit fliegenden Fahnen in eine bestimmte politische Ecke drängen zu lassen. Zweitens würden die drei damaligen Hauptbezugspunkte chinesischer Außenpolitik wohl auch in Zukunft maßgebend bleiben, nämlich Moskau, Washington und Tokyo.

Die Entscheidung der jungen VRCh von 1950, sich ganz „nach einer Seite zu lehnen“, zeigte jedoch, daß die neue Beijinger Führung aus der Nanjinger Außenpolitik nichts gelernt hatte, sondern ihre Fehler wiederholte. Strikte Unabhängigkeit und Bündnislosigkeit sollten sich erst in späteren Jahren zu außenpolitischen Grundeinsichten entwickeln.

1.3 Vermaschung statt Verknötung: Ein Aufruf zu methodischer Neubesinnung

Chinesische Außenpolitik pflegt in außerchinesischen Analysen fast ausnahmslos nach westlichen Maßstäben betrachtet zu werden, wobei in aller Regel die klassischen Kategorien eines Hans Morgenthau als Leisten dienen.²⁸

Doch nichts könnte falscher sein als ein solches Vorgehen: Wer sich nämlich nicht aufs Glatteis der Aktualität locken läßt, sondern historisch denkt und sich auf Spurensuche begibt, wird schnell herausfinden, daß im modernen chinesischen Außenverhalten Ordnungsmuster und Sinngebungselemente vorherrschend geblieben sind, die auch in der Gesellschaftspolitik des traditionellen China bereits stilbildend gewirkt haben und die auf einem ganz anderen Gesellschaftsverständnis beruhen, als es in der europäischen Tradition der Fall ist, nämlich auf der altbewährten Beziehungsphilosophie, bei der nicht das autonome Indivi-

duum, sondern das Geflecht *zwischen* den Einzelpersonen im Mittelpunkt steht. Es ist ja eines der Hauptmerkmale des Konfuzianismus, daß beim gesellschaftlichen Netz die Aufmerksamkeit nicht auf die Knoten, sondern auf die Maschen gelenkt wird und daß die Qualität einer Gesellschaft von der Solidität eben dieser *Verbindungselemente* abhängt, daß also den *guanxi* [131] („zwischenpersönlichen Beziehungen“) sowie den *lun* [132] („Beziehungen“ in der klassischen Terminologie) Präferenz eingeräumt wird.

Dieses Beziehungsdenken gilt spiegelbildlich auch im Bereich der *Außenpolitik*, wo dem einzelnen Individuum die Nation, den zwischenmenschlichen „Beziehungen“ aber die „Interdependenz“ entspricht.

Die meisten der oben (1.2) aufgeführten Traditionselemente fügen sich gut in dieses Maschenbild ein – man denke etwa an die Kategorien der „Mitte“, der „Hierarchie“ und der Völkerfamilie, oder an das Tributsystem, an den Impansionismus und an den Primat der Politik sowie nicht zuletzt auch an die Tatsache, daß es im kaiserlichen China keine Außenpolitik im formellen Sinne zu geben pflegte und daß Diplomatie und „Völkerrecht“ sowie die Vorstellungen von festen Außengrenzen und „nationalen Interessen“ überflüssig waren oder – zutreffender ausgedrückt – durch Impansionismus und durch Personalisierungsstrategien ersetzt wurden.

Erst jene neueren Vorstellungsmuster, wie sie das Reich der Mitte ziemlich spät, nämlich in der Ausnahmeperiode der „hundertjährigen Demütigung“ verinnerlicht hat, wollen nicht mehr so recht ins Rahmenwerk der Vermaschungsphilosophie hineinpassen, da sie dem Einzelknoten (der „Nation“) so überproportionale Aufmerksamkeit schenken – man denke in diesem Zusammenhang vor allem an die Entdeckung der „staatlichen Souveränität“, die einen Individuationsprozeß förderte, wie er sich mit chinesischen Traditionen schwer vereinbaren läßt. Auch „Gleichberechtigung“ zwischen den einzelnen – als Individuen (!) zutagetretender – „Nationen“ lassen sich nicht auf den gemeinsamen Nenner der Maschungsphilosophie bringen.

Gleichwohl dürften auch diese Ausnahmen noch auf lange Zeit ihren heuristischen Wert behalten.

Die übrigen in den Abschnitten 1.2 aufgeführten Kategorien aber lassen sich, wie gesagt, mit den überkommenen „Beziehungs“-Vorstellungen mühelos in Einklang bringen. „Interdependenz“ wird damit zur Schnittstelle und zum gemeinsamen Nenner der erwähnten traditionellen Einzelelemente, die hier deshalb so eingehend beschrieben wurden, weil sie dazu verhelfen, chinesische Außenpolitik besser verstehen zu lernen: Wer mehr Blumenamen kennt, sieht mehr von der ihn umgebenden Natur, wenn er über eine Wiese schreitet. Wer außerdem mit Vermaschungs-, Beziehungs- und Interdependenz-Kategorien arbeitet, wird erfahren, wie sein Verständnis für chinesische Außenpolitik unvermittelt vom Kopf auf die Beine gerät.²⁹

²⁸Hauptvertreter der Realismusschule sind dabei vor allem Hans Morgenthau, *Macht und Frieden. Grundlegungen einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963 und Gottfried-Karl Kindermann (Hrsg.), *Grundelemente der Weltpolitik*, München, Zürich, 1977, insbes. S.48 ff.; zu den Argumenten der „Globalisten“ vergl. Wichard, Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch internationale Politik*, Bonn 1995, 6. Aufl., vor allem S.403 ff.

²⁹Während die "(neo)realistische" Schule Außenpolitik stets vom „Interesse“ (Macht, Ruhm, Staatsräson, Staatserhaltung, Ausdehnung etc.) eines einzelnen Nationalstaats abhängig macht und Konflikte, Kampf ums Überleben und Blockbildungen als gleichsam naturgegeben hinnimmt, richtet sich der Interdependenz-Ansatz gerade umgekehrt auf die Frage, wie die Entstehung von Konflikten schon im Ansatz *verhindert* und durch ein Maximum an *Beziehungen* ersetzt werden kann.

Zur methodischen Neubesinnung:
- Übertragung des metakonfuzianischen Beziehungsansatzes auf die Außenpolitik
- Ablehnung des neorealistischen Ansatzes

	Politik im Zeitalter Mao Zedongs	Der maschentheoretische Ansatz der Reformen (Selbstperzeption des XV. Parteitags)	Politik der Vertreter des „Neo-Realismus“ (u.a. vor allem der USA)
Prämissen: Die Frage nach dem politischen Weltbild	<p>Pessimismus: „Die Welt ist durch Klassenkampf in Permanenz zerrissen“ (Ursache: Unterdrückung der „Massen“ durch „Imperialismus und Feudalismus/Bourgeoisie“)</p> <p>„Große Unordnung unter dem Himmel“ (als Normalzustand)</p> <p>Unvermeidbarkeit des Kriegs</p> <p>Nullsummenspiel (Befreiung geht auf Kosten der Unterdrückter - und umgekehrt)</p>	<p>Optimismus: „Die Welt ist auf dem Weg zum Ausgleich. Wachsende Multipolarität schafft Frieden, Stabilität und Prosperität“ Gewicht der Dritten Welt wächst</p> <p>„Immer mehr friedliche Elemente“ (Ordnung als Normalzustand)</p> <p>„Vermeidbarkeit des Kriegs“</p> <p>Positives Summenspiel (<i>alle</i> können profitieren, wenn sie kooperieren)</p>	<p>Kippe zwischen Pessimismus und Optimismus: „Die Welt treibt zwischen Konflikt und Ausgleich dahin“</p> <p>„Nationale Interessen sind nie ganz sicher“: Vorsicht und waches Mißtrauen! Kriege sind nie ganz ausgeschlossen!</p> <p>Nullsummenspiel (was einer Nation zugutekommt, geht der anderen verloren)</p>
(Haupt-)Ziel	<p>Gerechtigkeit (im Kampf gegen Imperialismus, Feudalismus, Unterdrückung)</p> <p>Neuer Mensch in einer Neuen Gesellschaft Neue Weltwirtschafts- und Sozialordnung</p>	<p>„Friede und Entwicklung“ („unabhängige und friedliche Außenpolitik“)</p> <p>Verringerung von Gefällestufen</p>	<p>Sicherheit (des Staates und seiner „nationalen Interessen“)</p> <p>Inkaufnahme von Gefällestufen</p>
(Haupt-)Methoden zur Zielerreichung	<p>Klassenkampf (national und international)</p> <p>Instrumentalisierung von Konflikten</p> <p>Aufbau von „breitestmöglichen Einheitsfronten“</p>	<p>Interdependenz</p> <p>Vermeidung von Konflikten</p> <p>Vermeidung von Blockbildung</p>	<p>Konkurrenz: - politisch: politische und militärische Bündnisse („Blöcke“) - wirtschaftlich: freier Wettbewerb u. Inkaufnahme von Gefällen - kulturell: Zusammenstoß der Kulturen</p> <p>Inkaufnahme von Konflikten</p> <p>Inkaufnahme von Blockbildung</p>
Diplomatische Mittel	<p>Diplomatie auf drei Ebenen (Staat, KPs, „Volk“ - mit Betonung der Volksdiplomatie)</p> <p>„Linké“ und „Rechté“ Strategie (= gegen die etablierte Staatenordnung)</p> <p>Einheitsfront gegen Imperialismus</p> <p>„Patriotischer Befreiungskampf“</p>	<p>Diplomatie auf formeller und informeller Ebene (Bevorzugung von <i>guanxi</i>, interpersoneller „Vertrauensbildung“)</p> <p>Koexistenz (5 Prinzipien der friedlichen K.) (= mit der etablierten Staatenordnung: Inkaufnahme soziopolitischer Vielfalt)</p> <p>Einheit gegen Friedlosigkeit und Unterentwicklung</p> <p>„Dialog statt Konfrontation“</p>	<p>Diplomatie möglichst auf formeller Ebene (Staat)</p> <p>Koexistenz, aber mit Einmischungsmöglichkeit (z.B. bei Menschenrechtsverletzungen) (= mit der etablierten Staatenordnung)</p> <p>Einheit notfalls durch Blockbildungen</p> <p>Notfalls Sanktionen</p>
Schlüsselfrage	Wie läßt sich „Befreiung“ (= Selbstbefreiung u. Zusammenschluß zur Einheitsfront) am besten organisieren?	Wie läßt sich wechselseitige Zusammenarbeit am besten gestalten?	Wie läßt sich das „nationale Interesse“ am besten schützen (und fördern?)
Hauptakteure	KPs als „Führungszentren“ und als Gestalter der „Massenlinie“	Akteurs-Vielheit als Gestalter von „ Multipolarität “	Der einzelne Nationalstaat als Verteidiger und Förderer von „nationalen Interessen“

Wo *Beziehungen* in den Vordergrund treten, steht nicht mehr die *einzelne Nation* mit ihren „Interessen“, sondern die *Interdependenz zwischen* diesen Nationen mit ihren Wechselseitigkeitspostulaten im Mittelpunkt, geht es nicht mehr in erster Linie um die „Sicherheit“ der einzelnen Nation, sondern um Frieden („Harmonie“) *zwischen* den am internationalen System Beteiligten, werden Konflikte nicht mehr ohne weiteres in Kauf genommen („nationale Interessen sind unantastbar“), sondern wo immer möglich vermieden und findet kein Nullsummen-, sondern ein positives Summenspiel statt, da von Interdependenz nicht nur die einzelne Nation auf Kosten der anderen, sondern da – bei „wechselseitiger“ Abstimmung – *jeder* profitieren kann.

Das Verwaschungs-Denken gehört, wie nachfolgend immer wieder aufzuzeigen ist, längst nicht zum alten Eisen, sondern ist auch in der jüngsten Praxis der KPCh, nicht zuletzt beim XV. Parteitag von 1997, neu bestätigt worden.

Um die Einzelaspekte dieses maschentheoretischen Ansatzes möglichst filigranhaft hervortreten zu lassen, soll er mit zwei ganz anders gearteten methodischen Ansätzen konfrontiert werden, nämlich mit der Vorstellungswelt Mao Zedongs, die in der Tabelle „Zur methodischen Neubesinnung“ in Spalte 1 dargestellt wird und mit dem „neo-realistischen“ Ansatz, wie er von der Morgenthau-Schule entworfen wurde und wie er vor allem von der US-Außenpolitik auch heute noch hochgehalten und praktiziert wird.

Für die „realistische“ Betrachtungsweise ist Außenpolitik, zweitens, ein Nullsummenspiel: was der eine Nationalstaat verliert, kommt dem anderen zugute – und umgekehrt; „Interdependenz“-Anhänger betrachten Verflechtungen und Interdependenzen demgegenüber als „positives“ Summenspiel, bei dem jeder nur gewinnen kann.

Drittens steht bei den „Realisten“ die „Sicherheit“ des Nationalstaats an allererster Stelle, während es den Interdependenz-Befürwortern vor allem um die Ermöglichung von Frieden, d.h. vor allem von friedlicher Kooperation und gemeinsamer Entwicklung geht.

Was, viertens, die Mittel anbelangt, so sind sie aus „realistischer“ Sicht nur dann „funktionstüchtig“, wenn sie dem Erwerb, dem Erhalt, der Vermehrung sowie der Demonstration von Macht durch den *einzelnen* Nationalstaat nützen, während sie aus „interdependenzistischer“ Sicht gerade umgekehrt nur dann taugen, wenn sie der „Beziehung“ und dem *guanxiwang* („Beziehungsnetz“), d.h. dem Frieden, der Entwicklung und der Zusammenarbeit *zwischen* den Nationen dienen, und wenn sie – ganz auf dieser holistischen Linie – überdies auch noch wirtschaftliche, politische und kulturelle Mechanismen mit einschließen – und auf diese Weise „Harmonie fördern“.

„Zwei Seelen“ kämpfen hier in einer Brust: Auf der einen Seite melden sich immer wieder die deprimierenden „hundert Jahre Demütigung“ zu Wort, die „realistische“ Regungen aufkommen lassen, auf der anderen Seite aber sind die stolzen zweitausend Jahre Tradition zur Stelle, die dem Beziehungsdenken günstig sind.

Kurzfristig scheinen die „realistischen“ Bestrebungen noch einiges Gewicht zu besitzen, langfristig dagegen ist mit einer Rückkehr des Interdependenzprimats zu rechnen.

CHINESISCHE ZEICHEN

- [90] 屈辱
- [91] 灭亡边缘
- [92] 国力
- [93] 生产力
- [94] 生活水平
- [95] 百年屈辱
- [96] 洗雪
- [97] 半殖民地, 半封建
- [98] 总理(各国事务)衙门
- [99] 通文关
- [100] 自强
- [101] 军阀
- [102] 鸦片战争
- [103] 甲午战争
- [104] 庚子赔款
- [105] 不平等的条约
- [106] 赔款
- [107] 割地
- [108] 治外法权
- [109] 租借
- [110] 租界
- [111] 划分势力范围
- [112] 和平共处五项原则
- [113] 主权
- [114] 互不干涉内政
- [115] 独立和主权
- [116] 平等
- [117] 国家不论大小应该一律平等
- [118] 同级
- [119] 同等
- [120] 互利
- [121] 超级大国
- [122] 霸权主义
- [123] 大国沙文主义
- [124] 军阀
- [125] 北阀
- [126] 分而治之
- [127] 一边倒
- [128] 中庸
- [129] 均衡
- [130] 比例
- [131] 关系
- [132] 伦